

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags,
Bezugspreis monatlich Mk. 5.00, vierteljährlich 15.00
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im
innerdeutschen Verkehr Mk. 16.50 einschließlich Post-
bestellgeld.

Anzeigenpreis: die einspaltige Petitzeile oder deren
Raum 75 Pfg., auswärts 85 Pfg., Reklamezeilen
2.50 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Carl
Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vor-
mittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Gatz in Wildbad.

Nummer 264

Fernruf 179

Wildbad, Donnerstag den 10. November 1921

Fernruf 179

55 Jahrgang

Tagespiegel.

Im Hafen von Swinemünde ist der Dampfer „Admond“ mit 616 Heimkehrern aus Rußland eingetroffen. Von diesen sind 29 ehemalige Kriegsgefangene und 362 zivilgefangene Reichsdeutsche aus der Ukraine.

Wie das „Echo de Paris“ mitteilt, ist Minister Loucheur vom Ministerpräsidenten Briand nach Washington berufen worden.

Im englischen Unterhaus erklärte Garmsworth in Erwiderung auf eine Anfrage, die britische Regierung habe 250 000 Pfund Sterling zur Hilfeleistung an Rußland aufgewendet.

Die Moskauer „Awestija“ meldet, daß die Ukrainer unter dem Befehl des Generals Titianik eine Reihe Städte besetzt haben. Bei der Eroberung von Schitomir seien 3000 Kommunisten getötet worden. In Odessa ist die Mobilisierung angeordnet worden.

Eine vom amerikanischen Senat angenommene Entschließung fordert die amerikanische Abordnung auf, ihren Einfluß dafür geltend zu machen, daß die Protokolle über die Aussprache der Abrüstungskonferenz veröffentlicht und Zeitungsberichterstattung zugelassen werden.

Die neue Steuerwelle und der Einzelhandel.

Das mit unserer gesamten politischen und wirtschaftlichen Lage in engstem Zusammenhang stehende außerordentlich rasche Ansteigen der Preise hat die Frage akut werden lassen, inwieweit der Einzelhandel verpflichtet ist, seine noch zu früheren Preisen eingekaufte Ware unter dem heutigen wesentlich höheren Einstandspreis abzugeben. Nachstehend geben wir einer Zuschrift der Landeszentrale des Bad. Einzelhandels zu dieser Frage Raum, die manche Vorurteile beseitigen dürfte.

„Mit der neu hereinflutenden Steuerwelle sind für den Einzelhandel außerordentlich schwierige Stunden angebrochen. Einerseits sieht er sich vor die Tatsache gestellt, daß er bei jeder Neubestellung Preise zubilligen muß, die gegenüber seinen bisherigen Ladenpreisen einen Aufschlag von 30, 50, ja sogar (besonders bei Textilien) bis zu 100 Prozent bedeuten, auf der anderen Seite reißt ihm das Publikum die noch billig bezeichnete Ware geradewegs aus den Händen, so daß sich die Läger rascher leeren, als an eine Auffüllung auch nur zu denken ist. Die Schaffung eines Ausgleichs durch Anpassung der noch zu alten Preisen eingekauften Ware an den Marktpreis bzw. eine Neukalkulation auf Grund von Durchschnittspreisen aber wird sofort mit dem Ruf nach dem Wuchergericht beantwortet. Und leider stehen die maßgebenden Behörden nicht an, diesen Ruf zu unterstützen, ja ihm sogar mit allen möglichen Erlassen voranzuhelfen, anstatt die Massen durch Klärlegung der tatsächlichen Verhältnisse zu beruhigen. So ging erst in diesen Tagen eine „Warnung“ der Oberstaatsanwaltschaft durch die Presse, derzufolge die Kriminalpolizei angewiesen worden ist, auf alle Fälle, in denen Geschäftsleute den Preis von Waren erhöhten, die sie noch zu alten niedrigen Preisen erstanden haben, der Wucherabteilung der Staatsanwaltschaft zwecks Strafverfolgung wegen der „Preistreiberei“ zu melden. Demgegenüber sei folgendes hervorgehoben:

Die Staatsanwaltschaft kann sich bei ihrem ganzen Vorgehen nur auf die Bundesratsverordnung gegen Preistreiberei vom 8. Mai 1918 (R.G.B. S. 395) stützen, gerade diese Verordnung aber besagt in ihrem § 2 wörtlich:

„Für gleichartige Gegenstände, deren Herstellungskosten verschieden hoch sind, darf ein Durchschnittspreis gebildet werden, wenn er nachweislich auf den verschiedenen Mengen der in ihn einbezogenen Gegenstände beruht und unter Berücksichtigung der durchschnittlichen Herstellungskosten keinen übermäßigen Gewinn enthält.“

Nach dem Wortlaut des § 2 und nach seiner sinngemäßen Auslegung ist es also ausdrücklich für zulässig erklärt, bei gleichartigen Gegenständen mit verschieden hohen Herstellungskosten einen Durchschnittspreis zu fordern, und es besteht für den Geschäftsmann keine Verpflichtung, seine alte Ware noch zu niedrigeren Einstandspreisen abzugeben, während er gleichzeitig in seinem

Geschäft schon neue Ware zum Verkauf stellt, für die er gemäß dem inzwischen gestiegenen Einstandspreis wesentlich höhere Preise fordern muß.

Auch der Begriff „gleichartige Ware“ muß sich im Lauf der Zeit aus der Einsicht der Unmöglichkeit starrer Durchführung heraus eine wesentliche Dehnung gefallen lassen. Mehrfache Reichsgerichtsentscheidungen haben den Absbergischen Kommentar bestätigt, daß bei sinngemäßer Auslegung des § 2 der Verordnung vom 8. Mai 1918 „Gleichartigkeit“ durchaus nicht dasselbe ist, wie Gleichheit der Gegenstände. Nicht nur nach Qualität, Form, Stoff usw. identische Gegenstände sind nach dieser Entscheidung gleichartig, sondern alle Waren, die nach Handelsgewohnheit ihrer wirtschaftlichen Beschaffenheit und Zweckbestimmung gemäß zum Zweck einheitlicher Kalkulation zu einem Komplex zusammengezogen werden können.

Es kann somit keinem Zweifel unterliegen, daß eine Durchschnittspreisberechnung der Herstellungskosten und somit auch eine Neukalkulation schon vorher kalkulierter Waren nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen zulässig ist. Darüber hinaus muß die Frage aufgeworfen werden, ob von einem übermäßigen Gewinn im Sinn der Preistreiberverordnung vom 8. Mai 1918 gesprochen werden kann, wenn die durch den Marktpreis gezogenen Grenzen eingehalten werden, also eine Kalkulation alteingekaufter Waren Platz greift, die über den Durchschnittspreis noch wesentlich hinausgeht. Diese Frage ist nicht ohne weiteres zu verneinen, andererseits aber hat sich im Lauf der Zeit in der Rechtsprechung doch ein wesentliches Entgegenkommen für die praktischen Notwendigkeiten auch in dieser Hinsicht ergeben. Grundlegend hierfür war eine Entscheidung des Reichsgerichts vom 15. März 1920, in der ausdrücklich ausgesprochen wurde, daß dem Moment der Geldentwertung bei der Kalkulation, vor allem bei der Bemessung des Unternehmergewinns, Rechnung getragen werden kann. In dem damals zur Entscheidung stehenden Fall war von den Angeklagten eingewendet worden, wenn sie ihre Waren zu den Friedenspreisen im Jahr 1918 verkauft hätten, wären sie nicht imstande gewesen, das Geschäft fortzuführen, weil sie in diesem Fall für die neu einzukaufenden Sachen höhere Beträge hätten anlegen müssen, als sie durch den Verkauf gleichwertiger Waren erzielt hätten. Es lag also damals genau derselbe Fall zur Entscheidung vor, der heute beim Einzelhandel durchweg gegeben ist. Das Reichsgericht mißbilligt es, daß die Vorinstanz auf diesen Einwand nicht in ausreichendem Maß eingegangen war und erklärt dann folgendes:

„Das Sinken des Geldwerts hat eine Minderung aller Vermögenswerte zur Folge, die in einem Anspruch auf eine dem Betrag nach feststehende Geldzahlung bestehen, während andere Vermögenswerte umgekehrt eine verhältnismäßige Erhöhung erfahren. So steigt auch der Geldwert der in der Hand des Kaufmanns befindlichen Waren, aber er darf die Werterhöhung bei seinen Veräußerungsgeschäften nicht schlechthin zur Geltung bringen; ihm sind im Interesse der Allgemeinheit vom Gesetz Schranken auferlegt, die ihm verbieten, die Ware zu einem Preis zu verkaufen, der dem durch die Kriegsnot entwiderten Wert entspricht, und er ist gehalten, seine Preisbemessung nach den Grundsätzen zu gestalten, die bezüglich der in Betracht kommenden Kriegsverordnungen in der reichsgerichtlichen Rechtsprechung anerkannt und zur Richtschnur für die Ermittlung des zulässigen Gewinns zu nehmen sind. Nach diesen Grundsätzen ist nun die Berücksichtigung der Geldentwertung keineswegs ausgeschlossen. So rechtfertigt die hohe Preisstand eine Erhöhung der Risikoprämie, indem die Fortführung des Geschäfts bei den stark gestiegenen Preisen unter einer erhöhten Gefahr des Verlustes bei einem Preisumschwung steht. Die Geldentwertung hat ferner Einfluß auf die Höhe des anzujahrenden Unternehmerlohns, da sie allgemein eine Erhöhung der für Arbeitsleistungen zu gewährenden Vergütung zur Folge hat; endlich kann sie nicht unberücksichtigt bleiben bei der Festsetzung des Unternehmergewinns, der der Bildung von Kapital dienen soll, das regelmäßig wieder für die Zwecke des Handelsgeschäfts verwendet zu werden pflegt.“

Was das Reichsgericht damals — im März 1920 — als Beweggründe anführte, trifft auf die heutigen Verhältnisse noch in wesentlicher Verstärkung zu. Noch niemals hatte unser Geld eine derartige Entwertung erlitten, wie dies heute der Fall ist, noch niemals war das Risiko

des Einzelhändlers ein derartig hohes wie heute, noch niemals haben die Forderungen der Angestellten und Arbeiter solches Ausmaß angenommen, wie derzeit und noch niemals war die Gefahr, daß das für die Fortführung des Handelsgeschäfts nötige Kapital durch niedrige Verkaufs- und hohe Einkaufspreise aufgezehrt würde, derart dringlich wie heute. Man wird also diese Reichsgerichtsentscheidung unbedingt auf die heutigen Verhältnisse anwenden und bei der Kalkulation alle vorangeführten Momente wesentlich in Berücksichtigung ziehen dürfen.

Auch die bekannte Autorität auf dem Gebiet des Handelsrechts, Justizrat Dr. Fuld-Mainz, kommt zu dem Schluß, daß nach dem heutigen Stand der Rechtslage und der gegebenen Verhältnisse eine Kalkulation der noch zu früherem Preise angekauften Waren bis nahe an den Marktpreis heran durchaus zulässig ist. Er betont ausdrücklich:

„Wenn auch heute noch nicht gesagt werden kann, daß die Einhaltung des Marktpreises den Kaufmann gegen jede Verfolgung und Beurteilung sichert, so ist doch andererseits in den normalen Fällen der Tatbestand der strafbaren Preistreiberei bei der Einhaltung dieses Preises nicht gegeben. Wer bei einer besonderen Gelegenheit Waren zu einem ganz ausnahmsweise billigen Preise erworben hat, darf sie natürlich auch heute noch nicht zu dem Marktpreis verkaufen, auch nicht der Glücke, der noch Waren aus der Friedenszeit hat, aber solche Ausnahmefälle spielen keine Rolle, und für die Regel gibt die heutige Rechtsprechung des Reichsgerichts dem Kaufmann die Möglichkeit, so zu kalkulieren, daß er ziemlich nahe an den Marktpreis herankommt.“

Die Staatsanwaltschaft und sonstigen Behörden, die es sich in den letzten Wochen angelegen sein ließen, gegen den „Wuchergeist“ des Einzelhandels vorzugehen, haben die tatsächlichen Verhältnisse des Einzelhandels und die Rechtslage, auf welcher der Ausgleich der Preise von gestern und heute beruht. Diese Rechtslage aber ist nicht von ungefähr entstanden, sie ist hervorgegangen aus der zwingenden Notwendigkeit, der sich der oberste Gerichtshof auf die Dauer eben nicht verschließen konnte, wollte er nicht den Zusammenbruch des Einzelhandels und damit der ganzen deutschen Volkswirtschaft heraufbeschwören. Der Einzelhandel würde sich in Zeiten so sprunghaft steigender Preise und solch harter Geldentwertung wie heute, binnen kurzem vollkommen „totverkauft“ haben, dürfte er mit seinen Verkaufspreisen dem Marktpreis nicht wenigstens annähernd folgen. Hierzu nur ein drastisches Beispiel aus dem Goldwarengeschäft: Das Rilo Goldbletten kostete noch vor 6 Wochen etwa 40 000 Mk., heute stellt es sich auf rund 100 000 Mk. Mäße der Goldwarenhändler nun die alte Ware zum Einstandspreis von 40 000 Mk. verkaufen, so könnte er für den Erlös selbstverständlich nur einen entsprechenden Bruchteil neuer Waren derselben Art einkaufen und er hätte bei noch dreimaliger Lager aufzuweisen, das etwa den vierzigsten Teil seines ursprünglichen Warenwerts darstellt. Der zu ermäßigte Wert des Lagers — d. h. der Wert in Papiermark — wäre wohl etwa derselbe geblieben, da aber die Papiermark gleichermaßen fällt, wie der Goldwert steigt, hätte sich auch der wirkliche Wert seines Lagers auf den vierzigsten Teil verkleinert, was wohl in den meisten Fällen den Ruin des betreffenden Geschäftsmanns bedeuten dürfte.

Dieses Beispiel ließe sich in mehr oder weniger krasser Form auch auf alle anderen Geschäftszweige anwenden, und selbst der wirtschaftlich Unerfahrenste wird daraus zu erkennen vermögen, daß kein Einzelhändler in der Lage wäre, sein Geschäft fortzuführen, stünde ihm nicht die Möglichkeit der Anpassung der Verkaufspreise an die jeweilige Marktlage offen. Schließlich hat der Einzelhandel doch auch das unglücklichere Risiko zu tragen, beim Sinken der Marktpreise auf seiner teuer eingekauften Ware festzusitzen, ein Risiko, das im Frühjahr dieses Jahres der Mehrzahl der Einzelhändler sehr teuer zu stehen gekommen ist. Ueber jene Millionenverluste hat kein Ministerium und kein Staatsanwalt auch nur ein Wort verloren, man hat sie als selbstverständlich betrachtet.

Möchte man doch in den Kreisen der Verbraucher endlich einsehen, daß der Einzelhandel jede Preissteigerung am allermeisten bedauern muß, da er als das letzte Glied in der Kette zwischen Rohware und Verbraucher stets den schärfsten Anprall auszuhalten hat und viel weniger in der Lage ist, einen raschen Ausgleich herbeizuführen, als dies z. B. die hinter ihm stehenden Groß-

listen und die Fabrikanten zu tun vermögen. Bei der Abhängigkeit des Einzelhändlers von einem möglichst großen Umsatz und bei der Wechselwirkung, die zwischen Umsatz und Preisgestaltung besteht, wäre es überdies geradezu sinnwidrig, wenn der Einzelhändler nicht sein Möglichstes tun würde, um die Preise auf einem Niveau zu halten, das auch der Allgemeinheit den Einkauf gestattet.

Neues vom Tage.

Gesekentwurf gegen Devisenspekulation.

Berlin, 9. Nov. Das Reichskabinett hat dem vom Reichswirtschaftsministerium eingebrachten Gesekentwurf über den Verkehr mit Devisen, fremden Geldsorten und Banknoten seine Zustimmung erteilt. Das Gesetz bestimmt, daß der Handel mit Devisen usw. an die Banken gebunden sein soll. Also nur durch die Vermittlung von Banken und Bankiers können in Zukunft Devisen- und ähnliche Geschäfte abgeschlossen werden. Die Banken sind verpflichtet, von jedem, der ein Devisen- oder ähnliches Geschäft eingehen will, einen genügenden Ausweis zu verlangen. Ferner sind die Banken verpflichtet, über jedes abgeschlossene Geschäft nach Höhe, Kurs usw. einen Schlußschein auszustellen. Dieser Schlußschein muß den Finanzämtern überwiesen werden. Die Finanzämter nehmen die überwiesenen Schlußscheine zu den Steuerakten. Der Gesekentwurf wird binnen kurzem dem Reichsrat und dem Reichstag zugehen.

Berlin, 9. Nov. Der Börsenvorstand hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, daß vom 1. Dezember ds. Js. ab in Dividendendevoten nur Aufträge von 5000 Mark und dem Mehrfachen hiervon, bzw. soweit es sich um Aktien mit Stückeln von 600 bis 1200 Mark handelt, von 6000 Mark und dem Mehrfachen hiervon von den Kursmaklern zur Ausführung angenommen werden dürfen und daß nur Geschäfte in diesem Betrag Anspruch auf Berücksichtigung bei der amtlichen Kursfestsetzung haben.

Börsenhandel mit falschem Papiergeld.

Danzig, 9. Nov. An der „schwarzen Börse“, die sich auf offener Straße abspielt, wurde ein schwunghafter Handel mit geschmuggelten und gefälschten polnischen Noten getrieben. Gestern wurde unvermutet der ganze Straßenteil abgesperrt und alles, was sich nicht ausweisen konnte, zur Polizei gebracht. Die Festgenommenen sind größtenteils Ausländer. Etwa 20 vor ihnen waren polizeilich überhaupt nicht gemeldet. Die Festgenommenen werden, soweit es nötig erscheint, über die Grenze abgeschoben werden.

Anrufung des Völkerbunds.

Berlin, 9. Nov. Die erste Anrufung des Völkerbunds auf Grund der Note vom 20. Oktober 1921. Dem Völkerbundsrat ist in der Note vom 20. Oktober 1921 die Prüfung aller Petitionen vorbehalten worden, in denen eine Verletzung des zwischen den Hauptmächten und Polen am 28. Juni 1919 geschlossenen sogenannten Minoritätenvertrags behauptet wird. Damit ist auch die Möglichkeit geschaffen, die von der polnischen Regierung im Widerspruch zum Friedensvertrag in dem polnischen Polen und Pommernellen längst angeordneten Liquidationen vor ein internationales Forum zu bringen. Auf Grund dieser Bestimmungen hat sich der aus der Ostmarkenpolitik bekannte Rittergutsbesitzer Heinrich v. Liebmann nunmehr, nachdem ihm ein Liquidationsbeschluss zugestellt wurde, durch seinen Rechtsbeistand nach Genf an den Völkerbund gewandt. Er hat gleichzeitig die Botschafterkonferenz in Paris und die Vertreter der Garantemächte des Minoritätenvertrags von den durch die polnische Regierung begangenen Vertragsverletzungen in Kenntnis gesetzt.

Die Bedingungen der Benzwerke für die Wiederaufnahme der Arbeit.

Mannheim, 9. Nov. In einer vom Landeskommissar veranlaßten Besprechung zwischen der Leitung der Benz-

Werke und den Arbeitervertretern wurden die Bedingungen erörtert, die die Firma Benz für die Wiederaufnahme des Betriebs stellt. Die Leitung verlangt Bürgschaft dafür, daß künftig Ruhe und Ordnung in den Betrieben herrsche und die persönliche Freiheit der Betriebsbeamten gewährleistet werde. Sie hält es für unerlässlich, daß die Arbeiter, die wiederholt Ruhe und Ordnung in den Betrieben gestört und Anlaß zu Kundgebungen gegeben haben, von der Wiedereinstellung ausgeschlossen werden.

23 000 Bienenstöcke nach Frankreich abgehandelt.

Hannover, 9. Nov. Die Zentralimtergenossenschaft hat die erste Ablieferungsforderung von Bienenstöcken an die Entente zusammengestellt. Der Zug hat Hannover mit 23 000 Bienenstöcken nach Frankreich verlassen. Eine französische Kommission hat die Uebernahme der Bienenkörbe überwacht. Eine zweite Sendung wird im kommenden Frühjahr erfolgen.

Die englische Ansicht über das Wiesbadener Abkommen.

London, 9. Nov. Gestern abend traf der Bericht des britischen Bevollmächtigten in der Wiederherstellungskommission, Bradbury, über das Wiesbadener Abkommen ein. Es heißt darin, daß dieses Abkommen Deutschland eine Last auferlege. Deutschland glaube zwar die Beschaffung ausländischer Devisen selbst mittels einer mehr als gleichwertigen Verpflichtung, die durch die Ausfuhr von Waren erhöht werden könne, zu erleichtern. Die hinzukommenden Lasten seien jedoch so groß, daß Deutschland sie nicht ohne Schaden tragen könne. Auf die Bezahlung der ersten Rate von einer Milliarde Goldmark sei eine starke Entwertung der Mark eingetreten und die Bezahlung der übrigen Raten könne noch nicht als gesichert angesehen werden. Die Folgen des Wiesbadener Abkommens könnten sein, daß in der Verteilung der verfügbaren Mittel für einen sehr beträchtlichen Zeitraum eine Verringerung zugunsten Frankreichs erfolge. Es seien darum folgende Vorschläge nötig, die Bradbury zusammen mit amerikanischen, italienischen und belgischen Mitgliedern der Kommission vorgeschlagen habe: 1. Es soll eine Zeitgrenze festgesetzt werden, nach deren Ablauf keine neue Ausdehnung der deutschen Verpflichtungen gestattet werden soll. Dieser Zeitraum soll das Jahr 1922 nicht überschreiten; 2. Es soll der Gesamtbetrag der aufgeschobenen Verpflichtungen Frankreich gegenüber etwa 4 Milliarden Goldmark nicht überschreiten; 3. Frankreich soll von Zeit zu Zeit für das allgemeine Entschädigungskonto Beträge einzahlen, um den anderen Verbündeten ihren Anteil an den von Deutschland geschuldeten Beträgen zu sichern.

Die Angst Frankreichs.

Paris, 9. Nov. Wie die Blätter aus Washington melden, soll Frankreich bei der Abrüstungskonferenz beantragen, daß man Deutschland zu Garantien zwingen möge. Es wird daher auf der Konferenz der Vorschlag unterbreitet, daß in Gemeinschaft eine Erklärung abgegeben wird, in der man Deutschland die Warnung erteilt, daß es im Fall eines neuen Angriffs auf Frankreich alle Kulturländer der Welt gegen sich haben würde.

Abrüstung des Kleinen Verbands.

Belgrad, 9. Nov. Mit Rücksicht auf die Entwicklung in Ungarn beschloß der Ministerrat eine teilweise Abrüstung der einberufenen Reservisten. Das aktive Heer soll so lange an der Grenze bleiben, bis ein anderes Verhältnis in Ungarn eingetreten ist. Der Eisenbahnerverkehr mit Ungarn ist wieder aufgenommen.

Die Abrüstung in der Tschechoslowakei beginnt am 10. November und soll vor Ende November durchgeführt sein. Präsident Bensch gibt bekannt, die russische Sammlung der bewaffneten Kräfte habe einen entscheidenden Einfluß auf die günstige Entwicklung der Ereignisse gehabt.

Die ungarische Regierung bleibt vorläufig im Amt.

Budapest, 9. Nov. Die Verbandsmächte haben verlangt, daß in Zukunft keine Sabotage, auch nicht

durch freie Königswahl auf den ungarischen Königsthron gelangen können. Da das Entthronungsgefeß schon ohne diese Bestimmung verabschiedet ist, wird die Regierung noch im Amt bleiben, ohne diese Frage zu lösen.

Tirols Bekenntnis zur Republik.

Innsbruck, 9. Nov. In der gestrigen Eröffnungsfeier des Tiroler Landtags wurde folgender, von den Obmännern der 3 Parteien unterzeichneter Dringlichkeitsantrag angenommen: „Tirol erneuert sein Bekenntnis zur republikanischen Staatsform. Die Abgeordneten erklären, zu dieser unverbrüchlich festzuhalten und sie mit allen Mitteln zu verteidigen und zu schützen.“

Lloyd George beantragt den Zusammentritt des Völkerbunds.

Genf, 9. Nov. Drummond, der Generalsekretär des Völkerbunds, ist von Lloyd George telegraphisch um Einberufung des Völkerbundsrats ersucht worden, um die Lage zu prüfen, die in Albanien durch das militärische Vorgehen Jugoslawiens geschaffen worden ist.

Fünfte Hauptversammlung der Württ. Landwirtschaftskammer.

Stuttgart, 8. Nov.

Auf die Begrüßungsansprache des Präsidenten Adorno erwidert Abg. Vogt-Gochsen: Persönlich habe er gegen den neuen Ernährungsminister Keil (Soz.) nichts vorzubringen. Die Württ. Landwirtschaftskammer sollte aber erklären, daß es eine Nichtachtung ihrer Befehle bedeutet, wenn ein Parteimann der Landwirtschaft vorgezogen wird. Er hoffe, daß es dem neuen Ernährungsminister gelingt, was Dr. Schall nicht gelungen ist: die Bauern im Ober- und Unterland einig zu machen.

Präsident Adorno: Ich möchte das nur noch bekräftigen, was mein Vortrager angeführt hat. Wir empfanden die Vorgänge der letzten Tage mit einem wunden und einem trodenen Auge.

Holzhauser Greis (Leutkirch) erklärt, daß Minister Keil das Vertrauen der Landarbeiter besitze.

Direktor Ströbel von der Landwirtschaftskammer führt in seinem Bericht über die Wirtschaftsberatung und die Errichtung von Beispielswirtschaften aus: Der Zweck der Wirtschaftsberatung ist, die landw. Erzeugung durch sachgemäße Beratung der Betriebe zu steigern. Sie umfaßt eine Beurteilung der Wirtschaft, Vorschläge für die Betriebsverbesserung, Vermittlung des Bezugs von Betriebsmitteln, Zuweisung technischer Beamten der Landwirtschaftskammer und die Nachprüfung erteilter Ratsschlüsse.

Für die Einrichtung von Beispielswirtschaften, die den Zweck haben, auf die Nachbarbetriebe durch das Beispiel zu wirken, d. h. sie zur Ergriffung gleicher oder ähnlicher Maßnahmen in den eigenen Betrieben zu veranlassen, kommen im allgemeinen kleinere und mittlere landw. Betriebe in Frage, deren Betriebsleiter es durch Rat und Beihilfe möglich gemacht wird, Wirtschaftsbesserungen durchzuführen, die eine Steigerung der Erträge und eine sichere Rente erwarten lassen. Der Plan wurde genehmigt.

Direktor Ströbel gibt dann eine Beschreibung des von der Landwirtschaftskammer erworbenen Guts der Viehsammelsele Laubheim, das um 1 Million Mark erworben wurde. Das Gut soll künftig eine Versuchswirtschaft für das Ob- und Unterland werden. Zu diesem Zweck wird ein Teil desselben umgebrochen und als Ackerland benützt. Das Gut wird künftig den Namen Dürnachhof führen. Die Versammlung genehmigte den Kauf.

Nach einem Bericht des Direktors Ströbel wird sich die Landwirtschaftskammer an folgenden Ausstellungen beteiligen: 1. an der im Februar 1922 in Stuttgart stattfindenden Ausstellung des landw. Hauptverbands, 2. an der im Mai in Ulm stattfindenden Ausstellung der

„Lore“.

Roman von Emma Haushofer-Merk.

36.

(Nachdruck verboten.)

Lore wagte kein Wort zu erwidern. Im stillen dachte sie irrtümlich anders: Vielleicht hat sie ihn geliebt! Vielleicht fehlte ihr nur der Mut zu dem schweren Leben, das er ihr zu bieten hatte. Nun verstand sie erst Margot von Staffenhagens harte Selbstanlage. Aber sie konnte auch Lauras Erbitterung begreifen. Es war Haß, leidenschaftlicher, glühender Haß, was aus diesen Augen juckte, die noch so heiß und feurig glänzten unter dem ergrauten Haar. Mit einer Art wehmütiger Freude hatte sie die erregten Worte gehört, die ihr gleich in der ersten Stunde so deutlich die innersten Regungen dieses Herzens verrieten, in dem Vertrauen sie sich langsam hatte einschleichen wollen. Eine Frau, die aus Eifersucht so grimmig, so dauernd haßte, sie hatte nicht auf gehört, den Mann zu lieben, der ihr treulos gewesen! Und wenn sie hörte, daß er in ihrer Nähe war!

„Ich glaube, ich verstehe recht wohl, wie es Dir zumute ist,“ sagte sie. „Es gibt Schmerzen, die man nie vergißt, Bitterkeit, die man nie überwinden kann. Das habe ich auch erfahren.“

Sie dachte an Albert, an die furchtbare Kränkung, die er ihr zugefügt, und es schien ihr plötzlich so seltsam und wunderbar, daß es seine Mutter war, mit der sie so vertrauensvoll durch die Dämmerung dahinwanderte, daß sie fast laut aufgeschrien hätte: Wie rätselhaft und verworren doch das Schicksal seine Fäden schlingt! Doch wie mahnend stand ihr wieder das traurige Gesicht des Kranken vor Augen, das ihr so wehmütig nachgeblickt hatte.

„Sag, Laura,“ fragte sie so ruhig als möglich, während sie dem letzten Lichtschein nachblickte, der noch auf den Steinwänden goldig hingitterte — „wenn Du nun durch irgend einen Zufall Deinem Gatten begegnen müßtest — mein Gott, die Welt ist so klein, seitdem man

so viel reist — würdest Du auch an nichts anderes denken als an Frucht?“

Laura warf einen forschenden, bestürzten Blick auf das von ihr abgewendete Gesicht. Aber kein Zug verriet, wie angstvoll, wie gespannt Lore auf die Antwort wartete.

„Es wäre das Furchtbarste, was mir geschehen könnte!“ murmelte Laura. Sie hatte jahrelang ihren Herzensjammer stumm in sich verschlossen. Aber in der Erleuchtung dieser Stunde, in dieser fremden, großen Natur, in diesem Halbmond, in dieser Vergnügung, die ihr Längstvergeßenes zurückrief, mußte sie einmal aussprechen, was sie lange schweigend ertragen.

„Schau, Lore, als ich damals von ihm ging, weil er in seiner tolen Leidenschaft für jenes schöne Mädchen kann verheiratet, wie er sich nach Freiheit sehnte, da glaubte ich bestimmt, es würde wohl eines Tages ein Brief von meinem Rechtsanwalt an mich kommen, der mir meldete, daß Paul die gerichtliche Scheidung verlange. Ich war entschlossen, mich zu wehren bis aufs Blut, ehe ich meine Kinder mir nehmen ließ. Und dann — als das gefährliche Schreiben ausblieb, als ich nach einiger Zeit hörte, Margot von Thura sei Frau von Staffenhagen geworden — da habe ich mit neuer Hoffnung, mit neuer Geduld gewartet, ob er nicht dennoch wiederkommen und sagen würde: „Verzeih mir! Ich bin geheilt! Ich kehre ruhig zu Euch zurück.“ Ich fürchte, ich wäre schwach genug gewesen, um ihm zu vergeben — um meiner Kinder willen. Aber er kam nicht: Er schickte Geld — Geld, das ich nie angerührt habe, das ich für meine Ehre zurücklegen ließ. So habe ich mich denn ohne weitere Erwartung ab und an mit meinem zerstörten Leben. Und allmählich redete ich mir ein: Er ist tot, gestorben, damals als er wegging. Den Paul von früher, den lieben Menschen, der so feurig um mich war, den Chemann der ersten Jahre — den durfte ich lieb haben, nach wie vor. So habe ich in meinem Herzen eine Erinnerung übrig behalten, damit es nicht ganz leer und arm blieb. Ich mag

nicht mehr wissen, daß er noch lebt: der „berühmte Maler Martinger, der Herr Professor“ — er ist ein Fremder für mich — ein anderer, an dem ich keinen Teil habe. Mein Paul — er ist fort und kommt nie, nie mehr wieder! Es würde mir meinen mühsam errungenen Frieden und das letzte Restchen Glück zerstören, wenn ich sein Gesicht jemals wiedersehen müßte! So granam kann das Schicksal nicht sein, daß es mir auch dieses noch zu tragen auferlegt!“

Lore schaute traurig zu der Mondichel empor, die über dem Waldhügel emporstieg. Wie sollte sie der unglücklichsten Frau das Grausamste, das Unerträglichste antun? Wie sollte sie je den Mut zu der Wahrheit finden: Dein Mann ist Dir so nah! Ich rief Dich um jeinetwillen. Es war so zart, so schön, als sie nach einem warmen Abschied von Laura allein den kurzen Weg zurückging. In zarten Umriß, wie aus Luft gewoben, hoben sich die Berge von dem Nachthimmel ab, von dem blaß n Mondlicht überglänzt. Es düsterte so früh nach Bergveichen, nach frischgemähtem Heu. Ein wunderbares Rauschen zog durch den Wald, durch den nur leise Silberstrahlen hinunterten.

Aber Lore vermochte nicht so froh und leicht aufjubeln über diese sommerliche Pracht wie vor wenigen Tagen. Sie fühlte sich so machtlos, so ratlos. Zwischen den beiden Freunden, die er Kinderzeit stand sie mit schwerem Herzen und hätte gern jedem etwas Liebes getan und konnte doch ihre Hände nicht vereinen.

Die alte heitere Stimmung ließ sich auch nicht wiederfinden. Es fiel ihr schwer, ihrer doppelten Verpflichtung zu genügen, gegen Staffenhagens, denen sie Ursache hatte, dankbar zu sein, und gegen Laura, wegen gekommen war.

(Fortsetzung folgt.)

deutschen Bauernvereingung und 3. an der im Juni in Nürnberg stattfindenden Ausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft. Der Vorschlag wurde von der Versammlung gutgeheißen.

Oekonomierat Bazlen erstattete Bericht über die Neufestsetzung der Pachtpreise für Grundstücke. Der schwankende Geldwert mache eine Regelung der Pachtverträge in der Weise notwendig, daß sich die Pachtpreise womöglich auf die ganze Dauer des Pachtverhältnisses von selbst den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen anpassen. Es kann dies dadurch erreicht werden, daß die bisher allgemeine übliche Vereinbarung einer festen Pachtsumme in Geld verlassen wird und dafür die Höhe des Pachtpreises ganz oder wenigstens zum größten Teil in einer bestimmten Menge landwirtschaftlicher Erzeugnisse, etwa in Weizen, zum Ausdruck gebracht wird. (Es wird ein Zehntel des Durchschnittsertrags, also etwa 3 Ztr. Weizen auf das Hektar, vorgeschlagen.) Der Pachtgeldbetrag würde sich in diesem Fall alljährlich von selbst nach den Preisen der betreffenden landw. Erzeugnisse regeln. Eine Kommission hat die Vorschläge beraten und Richtlinien aufgestellt, die von der Versammlung gutgeheißen wurden.

Die landw. Frauenschulen Württembergs werden im Bedarfsfall von der Landwirtschaftskammer finanziell unterstützt. Die Errichtung einer neuen Frauenschule soll gefördert werden eventl. durch Uebernahme des Schulbetriebs und der Anstellung der Lehrerinnen durch die Kammer.

Landesökonomierat Bazlen berichtet über die Beschaffung des landw. Betriebskredits. Die in Württemberg bestehenden Institute zur Verbriefung des Realkredits, Kreditverein, Landes- und Oberamtsparlaffen, die landw. Genossenschaftskassen und Darlehenstassenvereine bieten ein vorzügliches Mittel einer gesunden Realkreditverbriefung.

Vizepräsident Hornung und König-Haubach unterstützen die Ausführungen und wenden sich dagegen, daß die Landwirte sich in Geldsachen an die Großbanken wenden.

Abg. Ganser-Lampheim beklagt, daß die Bauern Tausende für Möbel und Kleidungsstücke ausgeben, statt ihr Geld bei den Genossenschaften anzulegen. Ueber kurz oder lang trete eine Wendung in der landw. Rentabilität ein und dann sei Geld nötig. Auch das Bauen werde von den Landwirten vernachlässigt.

Stuttgart, 9. Nov.

Zu Beginn der heutigen Sitzung der Landwirtschaftskammer gedenkt der Vorsitzende, Präsident Adorno, des heimgegangenen Königs, unter dessen Führung die Landwirtschaft in Württemberg sich zu voller Blüte entfaltet habe. (Die Kammer hat sich zu Ehren des hohen Verbliebenen von den Sigen erhoben.) Anschließend folgt die Begrüßung des neuen Arbeits- und Ernährungsministers Reil.

Minister Reil: Ich war mir im Voraus bewußt als ich das Amt übernahm, daß mir nicht von allen Seiten ein herzlicher Empfang bereitet werde. Auch ich persönlich möchte Sie wie Ihr Präsident bitten, nicht zum Voraus den Stab über meine künftige Amtsführung zu brechen. Ich habe das Amt nicht gesucht, sondern es übernehmen müssen aus wichtigen politischen Erwägungen. Die Lasten, die uns aufgebürdet worden sind von einem übermütigen Feind, sind ungeheuer schwer. Wir streiten darüber, auf welchem Weg und mit welchen Mitteln die Lasten getragen werden können. Ich bin überzeugt, daß es nur möglich sein wird auf dem Weg des Opferwillens bis zur äußersten Grenze des Möglichen. In dieser Opferleistung müssen alle Stände unseres Volkes ihren Teil beitragen. Die Landwirtschaft im Ganzen steht heute günstiger da als in früheren Jahren. Wir werden bald nicht mehr in der Lage sein, die Zahlungsmittel aufzubringen zur Beschaffung derjenigen Bruchteile unseres Nahrungsmittelbedarfs, die wir einführen müssen. Daraus ergibt sich eine verstärkte Monopolstellung der Landwirtschaft. Wir werden einig sein darüber, daß unter den heutigen Zeitverhältnissen eine solche Monopolstellung nicht mißbraucht werden darf. Ich halte es für falsch, eine Kampfstellung gegenüber der Landwirtschaft einzunehmen. Durch die Landwirtschaft, vielleicht den lebenswichtigsten Wirtschaftszweig im Deutschen Reich, muß es zur Besserung unserer Wirtschaftsverhältnisse kommen. Der leitende Gedanke meiner Amtsführung wird sein, die gesamten Interessen der Volkswirtschaft, von denen die Landwirtschaft der wichtigste Teil ist, zu fördern. (Beifall.)

Württemberg.

Stuttgart, 9. Nov. (Ernennung.) Oberregierungsrat Dr. Hausmann bei der Hauptfürsorgestelle der Kriegshinterbliebenenfürsorge ist zum Mitglied der Zentralleitung für Wohltätigkeit ernannt worden. Vom Württ. Lehrerverein. Aus Anlaß des 60. Geburtstags des Abg. Löchner, des Vorsitzenden des Württ. Lehrervereins, wird der Gesamtverband in einer Hauerversammlung der Lehrerschaft dem Führer ihre Glückwünsche entbieten. Zum Vorsitzenden des Stuttgarter Bezirksvereins wurde Mittelschullehrer Hengler gewählt.

Lehrernachwuchs. Bei der ersten Volksschulprüfung an der privaten Lehrerbildungsanstalt Tempelhof sind 34 Lehramtsbewerber zur unabhängigen Verwendung im Volksschuldienst für befähigt erklärt worden.

ep. Ein Tag der Jugend. Der Reichsverband der evang. Jungmännerbünde in Deutschland, der in etwa 3500 Orten seine Arbeit tut und eine Viertelmillion junger Mitglieder umfaßt, veranstaltet am 13. November ds. Js. einen Werbetag für die christliche Jugend. Es handelt sich um eine Einladung, welche die christliche Jugend an ihre Kameradschaft richtet, das Glück eines unter der rechten Leitung auf die höchsten Ziele gerichteten Lebens mit ihr zu teilen.

Auflösung einer Eisenbahnbaubehörde. Die Eisenbahnauktion Pforzheim wird zum 16. Nov. aufgehoben.

Gut abgelassen. In Cannstatt kam ein sechs-

jähriges Mädchen unter die Straßenbahn und gerade zwischen die Schienen zu liegen. Der Wagen fuhr über das Kind weg, ohne es ernstlich zu verletzen.

Feuerbach, 9. Nov. (Gasvergiftung.) In einem Hause der Bragstraße wurden die beiden Töchter eines Hausbauers Gasvergiftung bewußtlos aufgefunden. Die sofortige Anwendung des Sauerstoffapparates war von Erfolg begleitet. Bei Arbeiten an der Gasleitung wurde ein Rohr nicht genügend verschlossen. Das austretende Gas drang von unten durch den Boden in das Schlafzimmer der Mädchen ein. Nur einem glücklichen Umstande war es zu verdanken, daß noch rechtzeitig Hilfe kam.

Horb, 9. Nov. (Gabe der Landwirte.) An Allerheiligen wurde im Bezirk Horb unter den Landwirten und Mitgliedern der landw. Ortsvereine eine Hauskollekte veranstaltet für die Minderbemittelten des Bezirks und die Knabenanstalt St. Antonius in Heiligenbrunn. In Bielechingen wurden kostenlos abgegeben an die Knabenanstalt in Heiligenbrunn 15 Ztr. Weizen, 7 Ztr. Dinkel und 30 Ztr. Kartoffeln, in der Gemeinde Ahsdorf für Minderbemittelte 20 Ztr. Kartoffeln und 8 Ztr. Weizen.

Vom Bodensee, 9. Nov. (Der See steigt.) Infolge der anhaltenden Regenfälle der letzten Tage ist der See im Steigen begriffen. In einem Tag ging der Wasserstand um 21, an einem andern um 13 Zentimeter in die Höhe. Er hat 3,30 Meter überschritten.

Badischer Landtag.

Die vorbereitende Sitzung des Badischen Landtags.

Karlsruhe, 9. Nov.

Die neugewählten Abgeordneten des Landtags trafen gestern abend 6 Uhr zu einer vorbereitenden Sitzung zusammen. Mit Ausnahme der drei kommunistischen Abgeordneten waren alle Fraktionen und Gruppen nahezu vollständig vertreten. Die Unabh. Sozialdemokraten vertrat Frau Abg. Unger-Freiburg; links der Plätze der beiden Linksparteien reichten sich die Ehe der Mehrheitssozialdemokratie an, denen die Bänke der Demokraten, der Deutsch-Volksparteier, des Landbunds und der Wirtschaftl. Vereinigung folgten, während den rechten Plätzen das Zentrum und die Deutsch-nationale Volkspartei einnehmen.

Der Minister des Innern, Kemmle, eröffnet die nichtöffentliche Sitzung.

Nach Bildung des Büros begrüßte Alterspräsident Paasche das Haus, wies auf die schwere Lage Deutschlands hin und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Mitglieder des badischen Landtags wiederum zusammenstehen würden, um an der Südwestgrenze treue deutsche Wacht zu halten. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen wurde die Tagesordnung für die erste öffentliche Sitzung, die am Mittwoch vorm. 11 Uhr beginnt, aufgestellt. Hierauf traten die Vertrauensmänner der einzelnen Parteien zu Besprechungen zusammen.

Wie üblich wird vor Zusammentritt des Landtags in der evang. und in der kath. Kirche am Mittwoch vormittag Gottesdienst stattfinden.

Die Zentrumsfraktion wählte zu ihrem 1. Vorsitzenden Abg. Dr. Schöper, 2. Vors. Abg. Wittemann, 3. Vors. Abg. Duffner. Die Sozialdemokratische Fraktion 1. Vors. Abg. Marum, 2. Maier-Heidelberg, 3. Strobel. Die deutsch-nationale Fraktion 1. Vors. Abg. D. Mayer-Karlsruhe, 2. Abg. Habermehl. Der Landbund 1. Vors. Abg. Gebhard, 2. Abg. Klalber, (Schriftführer von Au (Wirtsch. Vereinigung). Deutsche Volkspartei Vors. Abg. Weber.

Der auf Grund der Landesliste als Vertreter der Wirtschaftlichen Vereinigung gewählte Abg. von Au-Mannheim hat sich dem Landbund angeschlossen, der nun also 8 Mitglieder zählt.

Karlsruhe, 9. Nov.

Der neugewählte Bad. Landtag trat heute vormittag 11 Uhr zu seiner ersten öffentlichen Sitzung zusammen. Das Haus und die Tribünen waren dicht besetzt. Am Regierungstisch hatte das gesamte Ministerium Platz genommen. Der Alterspräsident Dr. Paasche (D.Bp.) eröffnete die Sitzung mit einer kurzen Ansprache, in der er des vorigen Landtags gedachte, der vor mehr als 2½ Jahren zusammentrat und eine Grundlage für den politischen und wirtschaftlichen Aufbau schuf. An den neugewählten Vertretern des badischen Landtags liege es, nun einmütig zusammenzutreten und unter Hintansetzung der Parteigegensätze gemeinsam für das Wohl des Vaterlands zu arbeiten.

Im Namen des badischen Staatsministeriums begrüßte Staatspräsident Trunz den neuen Landtag, indem er der Hoffnung Ausdruck gab, daß es gelingen möge, die schweren Aufgaben zu lösen. Ein starker Wille werde notwendig sein, um aus den Wirrnissen herauszukommen. Der Landtag müsse Verständnis für die Not unserer Finanzen im Reich und im Land haben, für die Not der Nation und unserer Wirtschaft.

Zur Wahlprüfung wurde die Sitzung auf eine Stunde unterbrochen.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung wurden die Wahlprüfungen in den einzelnen Wahlkreisen für unbeanstandet erklärt mit Ausnahme des 4. Wahlkreises, aus dem ein Protest aus Baden-Baden eingelaufen ist. Ein besonderer Wahlprüfungsausschuß wird sich mit dieser Angelegenheit befassen. Ein Antrag der Deutschen Volkspartei auf Herabsetzung des Fraktionsminimums auf 5 Mitglieder wurde dem Vertrauensmännerauschuß überwiesen.

Darauf vertagte sich das Haus auf Donnerstag 1 Uhr zur Wahl des Präsidiums.

Baden.

Karlsruhe, 9. Nov. In diesen Tagen findet hier die Erste Bad. Interkonfessionelle Pfarr-

konferenz für alkoholfreie Jugenderziehung statt. Zu der Eröffnungsfeier im Landtag fanden sich etwa 70 Personen, katholische und evangelische Geistliche aus allen Landesteilen ein. Der Vorsitzende des Landesverbands, Ministerialdirektor Dr. Fuchs, wies darauf hin, daß die Seelsorge in erster Linie bei der Bekämpfung des Alkoholismus eingreifen müsse, weil er vor allem eine Krankheit der Seele sei. Die beiden christlichen Konfessionen seien aufgerufen worden, weil es sich um eine gemeinsame Aufgabe handle. Diese Gemeinsamkeit sollte dem Volk zeigen, wie wichtig der Kampf in den beiden Kirchen aufgefaßt wird. Namens des evang. Oberkirchenrats übermittelte Oberhofprediger Fischer herzliche Wünsche für den guten Verlauf der Tagung. Im Auftrag des Erzbischofsf. Ordinariats begrüßte Geistl. Rat Stadtdelan Pink die Versammlung. An die Begrüßungsansprachen schlossen sich zwei Vorträge. Pfarrer Werner-Karlsruhe beleuchtete die Frage vom volkswirtschaftlichen und religiösen Standpunkt. Alle unsere religiös-sittlichen Kräfte müßten wir zur Bekämpfung unserer inneren Feinde zusammenschließen. Stadtpfarrer Stoedle-Bruchsal sprach über die Geschichte der Nüchternheitsbewegung und betonte, der Klerus erkenne die Not der Zeit und werde ihr zu steuern helfen.

Karlsruhe, 9. Nov. Die Karlsruher Lokalbahn, die vor allem den Arbeiterverkehr in die näher gelegenen Dörfer vermittelt, entwickelt sich immer mehr zu einem Millionen-Verkehrsbetrieb. Nachdem die Bahn im Rechnungsjahr 1920-21 mit einem Fehlbetrag von über 1½ Millionen abgeschlossen hat, erfordert sie jetzt einen Zuschuß von 3 Millionen. Der Stadtrat hat nun beschlossen, wenn nicht an dem Bahnbetrieb interessierte Gemeinden oder Fabriken einen erheblichen Zuschuß leisten, den Betrieb der Lokalbahn stillzulegen.

Stettfeld b. Bruchsal, 9. Nov. Bei dem Gewitter am Sonntag schlug der Blitz in die Scheune des Landwirts August Hammer und äscherte diese sowie einen danebenstehenden Schuppen vollständig ein.

Heidelberg, 8. Nov. Anlässlich der Uniongedächtnisfeier der evang. Kirche hat die theologische Fakultät der Universität Heidelberg den Vorsitzenden der kirchlich-positiven Konferenz, Kirchenrat Wirth in Bretten und den früheren Vorsitzenden der kirchlich-liberalen Vereinigung, Oberkirchenrat Nuyinger-Karlsruhe, zu Ehrendoktoren der Theologie promoviert.

Taubertshausen, 9. Nov. Nach dem „Heidelb. Tagbl.“ gewordenen zuverlässigen Mitteilungen hat das Vorgehen des hiesigen Finanzamts gegen die Steuerdrückeberger den Erfolg gehabt, daß bereits in 200 Fällen Strafverfahren eingeleitet worden sind. (Bekanntlich hat auch das Finanzamt Wetzheim erhebliche Steuerhinterziehungen aufgedeckt.)

Kastatt, 9. Nov. Der Vorsitzende der bad. Gewerbe- und Handwerkervereingung, Gewerbeberater A. Niederbühl, hat eine Berufung nach Berlin in den vorläufigen Reichswirtschaftsrat erhalten.

Siedelb. b. Emmendingen, 9. Nov. Ein hiesiger Zahntechniker hat seinem Leben durch Vergiften ein Ende gemacht, weil er sich laut „Reichs. Nachr.“ bei Ausübung seiner Praxis hatte ein Sittlichkeitsverbrechen zuschulden kommen lassen.

Singen a. S., 9. Nov. Der Ausverkauf der oberbadischen Grenzstädte durch die valutarstarke Schweizer dauert fort. In Singen ist es bereits soweit gekommen, daß man nicht einmal mehr einen Leinwandbogen kaufen kann. Eine bezirksamtliche Bekanntmachung, wonach im Amtsbezirk Konstanz den Inhabern von Dauerpässerscheinen aus der Schweiz nach Baden an Samstagen und Sonntagen der Grenzübertritt verboten ist, durfte unbegreiflicherweise von der Presse bis jetzt nicht veröffentlicht werden. Es ist höchste Zeit, so schreibt unser Mitarbeiter, daß die maßgebenden Stellen gegen den Ausverkauf einschreiten, sonst werden die Valutakäufer durch das erbitterte Volk hinausgeprägt.

Konstanz, 9. Nov. Der Bad. Landesverband des Deutschen Rentnerbunds forderte in der hier abgehaltenen Tagung ein Reichsgesetz, das die Rentnerhilfe nach bestimmten Gesichtspunkten regelt. Vor allem sollen die Vertreter des Rentnerbunds bei der Ausübung der Hilfe zur Mitwirkung herangezogen werden. Eine Leibrentenversicherung, auch mit staatlicher Unterstützung, wird abgelehnt. Steuerbefreiungen, insbesondere von der Kapitalertragssteuer sollen in weitgehendstem Umfang eintreten. Die Rentnerhilfe soll ein den wechselnden Teuerungsverhältnissen angepaßtes Existenzminimum sichern.

Bermischtes.

Aufhebung des Reformationsfestes. Der Landtag von Thüringen hat die gesetzliche Feier des Reformationsfestes und der Bußtage aufgehoben und dafür den 9. November (Revolutionsgedenktage) zur gesetzlichen Feiertage erhoben. Der sächsische Landtag ersuchte die Regierung, den 1. Mai und den 9. November zu gesetzlichen Feiertagen zu erklären.

Anschlag auf einen Deutschen. In Dornedo (Oberschlesien) schoß ein aus dem Elsaß stammender Kriminalpolizeibeamter auf offener Straße auf den Vorkämpfer für das Deutschtum, Hampel. Von den abgegebenen drei Schüssen drang einer Hampel in den Unterleib. Der Kriminalbeamte wurde später von der erbitterten Bevölkerung erschossen.

Millionen-Erbchaft. Ein auf der Zeche „Emscher Lippe“ in Bochum beschäftigter Schlosser erhielt aus Amerika die Mitteilung, daß ihm von dort eine Erbchaft in Höhe von 50.580 Dollar, nach dem jetzigen Kurs über 15 Millionen Mark, zugefallen sei.

Fünfehn Schiffsuntergänge. Während des letzten starken Sturms sind im Bismarckkanal und in der Nordsee nach bisherigen Feststellungen 15 Schiffe verschiedener Nationalitäten untergegangen.



6000 Rubel Steuern für die Zeitzeile. Aus Helsingfors wird geschrieben: Der schon vor einiger Zeit angeregte Plan der Sowjetregierung, Annoncen und sonstige Bekanntmachungen privaten Charakters zu gestatten, geht seiner Verwirklichung entgegen. Das Präsidium des Moskauer Sowjets hat im Interesse der Entwicklung des Handelsverkehrs gesteuert, daß private Verlagsanstalten, Zeitungen, Genossenschaften und Privatpersonen Anzeigen wirtschaftlichen Charakters durch Plakate, Broschüren und periodische Druckschriften veröffentlichten können. Die Herausgeber solcher Druckschriften können die Anzeigengebühr nach ihrem Gutdünken festsetzen. Der Moskauer Sowjet erhebt aber von allen Inseraten eine Steuer in folgender Höhe: Bei Anzeigen industrieller, kommerzieller, genossenschaftlicher und ähnlicher Unternehmungen sowie von Privatpersonen werden von jeder Zeitzeile, die Zeile zu 40 Buchstaben gerechnet, 6000 Rubel erhoben. Bei Bekanntmachungen von einmaligen Verkäufen oder bei Ankündigungen von Theateraufführungen, Schaustellungen usw. beträgt die Steuer 2000 Rubel pro Zeile. Stellenangebote werden mit 500 Rubel pro Zeile und Stellengesuche mit 6000 Rubel besteuert.

Vader f. Geistlicher Rat Wacker, der langjährige Führer der bad. Zentrumspartei, ist in Freiburg i. B. in hohem Alter an den Folgen einer Lungenentzündung gestorben.

Der **„Fahrer hintende Vote“** für das Jahr 1922 ist von der Rheinlandkommission im besetzten Gebiet verboten worden.

Der **Heidelberger Kleinrentnerspende** ist aus Südamerika ein Betrag von 20 000 Mk. zugewendet worden. Die **Hausbesitzer Frankfurts** haben den Magistrat gebeten, ihnen zu gestatten, den Mietzuschlag auf 150 Prozent der Friedensmiete zu erhöhen.

lokales.

— **Die Fahrpreiermäßigung** zugunsten der Jugendpflege wird künftig ohne Rücksicht auf die Dauer der Ausflüge gewährt.

— **Bauholz für Wohnungsbauten.** Durch eine Verfügung der württ. Ministerien des Innern und der Finanzen wird die Lieferung von Bauholz zu Vorzugspreisen für gemeinnützige Wohnungsbauten neu geregelt. Als gemeinnützig sind Wohnungsbauten anzusehen, zu denen öffentliche Bauförderungsanstalten oder Baudarlehen gewährt werden können. Das zu Vorzugspreisen abzugebende Holz wird aus Wäldern der Gemeinden, der Staats- oder der Einzelstädter von Wald entnommen. Holz aus Staatswäldern soll nur in dem Umfang abgegeben werden, in dem die Gemeinden zur Abgabe nicht in der Lage sind. Der Preisnachlass beträgt auf der Grundlage des Marktpreises vom Oktober 1921 bis zu 200 Mark bei einem Festmeter. Der Preisnachlass muß tatsächlich den Bauherren zugute kommen. Er wird auf eine Wohneinheit auf 50 Qm. Rundholz für Zimmer-, Schreiner- und Glaserarbeiten beschränkt. Bei Mehrbedarf tritt eine Verminderung des Preisnachlasses ein. Gesuche sind durch Vermittlung des Kommissars an das Ministerium des Innern zu richten (Wohnungsabteilung).

— **Notopfererklärung und Vermögen der Ehefrau.** Im § 16 des Reichsnotopfergesetzes ist die getrennte Veranlagung von Ehegatten nur für den Fall, daß sie dauernd voneinander getrennt leben, vorgesehen und im übrigen die Zusammenrechnung der Vermögen ohne Rücksicht auf den Güterstand vorgeschrieben. Demgemäß hat nach einem Urteil der Steuerbehörden der Ehemann, der mit seiner Ehefrau in Gütertrennung lebt, das Vermögen beider Ehegatten zusammen in der Notopfererklärung anzugeben. Die Abgabe der Steuererklärung kann durch Geldstrafen erzwungen werden.

Linden-Lichtspiele. Am Samstag und Sonntag werden in den Linden-Lichtspielen zwei der größten Sensationen gezeigt, die je in einem Lichtspiel-Theater gelaufen sind. Als erstes das Meisterwerk aller Sensationen „Das brennende Trapez“, Zirkus-Drama in 4 Akten. Als Beiprogramm „Professor Nissens seltsamer Tod“, Detektiv-Wildwest-Drama in 4 Akten. Welchem von den beiden Stücken man den Vorzug geben soll, wird den Besuchern schwer fallen, zu urteilen, denn beide sind Sensationen im wahren Sinne des Wortes. Wie ja die Besucher vom letzten Programm schon gesehen haben, sind die Bilder, infolge Aufstellung eines neuen Apparates, derart klar, daß man sich wirklich in einen Großstadt-Kino versetzt glaubt. Es werden dadurch sicher viele, die seither dem Kino abhold waren, ab und zu die Vorstellungen besuchen, um die langen Wintertage in angenehmer Abwechslung herum zu bringen.

Handel und Verkehr.

Ludwigburger Porzellanmanufaktur A.-G. Der erste Abschluß des Unternehmens schließt mit 246 721 Mk. Verlust ab.

Der **Dollarkurs** stieg am 8. November an der Berliner Börse auf 310,31 Mark. Am 9. Nov. ging der Kurs auf 249 zurück.

Fast die Hälfte des Goldes in Amerika. Der „New York Herald“ erklärt, daß während des Monats Oktober 3,5 Milliarden Gold in die Vereinigten Staaten eingeführt wurden, die nun 45 v. H. des gesamten Goldvorrats der Welt besitzen.

Kemptener Butter- und Käsebörsen. 9. Nov. Preis für Butter 23,53 Mk. pro Pfd. einschl. der Verkäufe nach Börsendurchschnitt 23,53 Mk., Gesamtumsatz 93 810 Pfd. Preis für 20proz. Weichkäse 8,23 Mk. pro Pfd., Gesamtumsatz 430 773 Pfd. Preis für Allgäuer Rundkäse 13,84 Mk., einschl. der Verkäufe nach Börsendurchschnitt 13,84 Mk., Gesamtumsatz 82 226 Pfd. Markttag: Für Butter überaus rege Nachfrage, wohl auch im Hinblick der höheren Preise der sonstigen Speisekäse. Für Weichkäse und Rundkäse sehr gute Nachfrage.

Die Käsepreise. Von unterrichteter Seite wird mitgeteilt, daß sich die regelmäßig erscheinenden Berichte der Kemptener Käsebörsen nur auf bayerische Käse beziehen. Bayern hat immer noch Ausfuhrverbot. Da die Verhältnisse in der Käsefabrikation Württembergs anders liegen als in Bayern, so sind auch andere Käsepreise gerechtfertigt. In der letzten Versammlung des Milchwirtschaftlichen Vereins des württ. Allgäus und der Landesvereins für die Milchwirtschaft in Stuttgart wurden folgende Richtpreise vereinbart: Für halbfertige Emmentalerkäse 15 Mk., für fertigerzeugnisse und bei ganzen Läufern 16,80 Mk. Für Schweizerkäse je 1 Mk. billiger. Für 20proz. Weichkäse halbfertige Ware 7,70 Mk. und für fertigerzeugnisse im Großhandel 9,40 Mk. Ueber die Bodenpreise direkt an Verbraucher sind Richtpreise nicht festgelegt worden.

Tabakpreis. In Heilbronn (Baden) wurde dieser Tage Sandblatt vermogen und 1400—1500 Mk. für den Zentner bezahlt.

Mirchheim u. L., 9. Nov. Der gestrige Gallusmarkt wies einen so starken Besuch auf wie wohl noch nie zuvor. Auswärtige Verkäufer waren in großer Anzahl zugeströmt. Eine riesige Marktläufer wälzte sich durch die Straßen, so daß in dem Gedränge kaum durchzukommen war. Die Kaufkraft war äußerst rege. Manche Geschäftshäuser dürften laut „Tachboten“ fast ausverkauft sein. Auch auf dem Hofmarkt herrschte reges Treiben.

Oberrohrheim, 9. Nov. Dem Schweinemarkt waren zugeführt 220 Stück Milchschweine. Alles verkauft zum Preis von 700—750 Mark pro Paar.

Der Wert der Mark im Ausland. Für 100 Mark wurden Ende voriger Woche gezahlt: in Zürich 2,32, Franken (vor dem Krieg 125,40); Amsterdam 1,25 Gulden (59,20); Kopenhagen 2,40 Kronen (88,80); Stockholm 2,00 Kronen (88,80); Wien 2397,00 Kronen (117,80); Prag 47,25 Kronen (117,80); London 2,18 Schilling (97,80); New York 0,43 Dollar (23,80); Paris 5 fünfzehn Achtzehntel Francs (125,40); Rom 10,64 Lire (123,45).

Weitere Preiserhöhungen. Infolge weiterer Preissteigerungen für Rohmetall erhöhten die Messingwalzwerke den Grundpreis für Messingblech auf 6000 Mk., für Messingstangen auf 4800 Mk. — Der Röhrenverband hat die Preise für Gas- und Siederöhren wiederum um 20 Prozent erhöht. — Die Kessellosen-Verkaufsvereinigung hat die Ausschläge auf die Grundpreise für Kesselfellen um 55 Prozent auf 180 Prozent und für emaillierte Kesselfellen um 65 Prozent auf 170 Prozent heraufgesetzt. — Das Kalifundikat erhöht die Preise für den 100 Kg. fassenden Zuteil auf 11,50 auf 13,50 Mk., dazu die Füllgebühr 75 Pfg. — Die Deutsche Ammoniakverkaufsvereinigung (Wohum), die eine Reihe von Zechen des Ruhrbezirks mit Weiskalk beliefert, gibt bekannt, daß der Preis für Weiskalk vom 1. November ab von bisher 1850 auf 2100 Mk. pro 10 Tonnen erhöht worden ist. — Der Deutsche Verband der Topfwarenfabrikanten und Kunsttöpfereien hat beschloffen, seine Preise um 15—30 Prozent mit sofortiger Wirkung zu erhöhen. Die Lage im Gewerbe ist ungünstig.

Stuttgart, 8. Nov. Dem heutigen Mostobstmarkt auf dem Nordbahnhof waren neu zugeführt 7 Wagen, worunter 4 aus Württemberg und 3 aus Frankreich. Preis wagenweise für 1 Ztr. 110—120 Mk., im Kleinverkauf 115—125 Mk.

Stuttgart, 8. Nov. Dem Schlachtviehmarkt am Dienstag auf dem hiesigen Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 232 Ochsen, 33 Bullen, 250 Jungbullen, 275 Jungrinder, 410 Kühe, 371 Kälber, 347 Schweine und 61 Schafe. Erlöst wurden aus 1 Ztr. Lebendgewicht: Ochsen erste 700—750, zweite 500—600, Bullen erste 680—740, zweite 520—620, Jungrinder erste 740—820, zweite 600—700, dritte 500—580, Kühe erste 530—650, zweite 350—460, dritte 240—340, Kälber erste 940—1020, zweite 850—920, dritte 750—820, Schweine erste 1330—1440, zweite 1200—1300, dritte 1050—1150, Schaffelschaff 550—750, Hammelfleisch 800 bis 900 Mark. Verkauf des Marktes: Schweine und Kälber mäßig belebt, Großvieh langsam.

Karlsruhe, 7. Nov. Auf dem Viehmarkt waren zugeführt 425 Stück und zwar: 71 Ochsen, 53 Färren, 11 Kühe, 97 Färsen, 105 Kälber, 88 Schweine. Preis für den Ztr. Lebendgewicht: Ochsen zweite Sorte 875 bis 900 Mk., dritte 800—875; Färren zweite 750 bis 810, dritte 700—750; Kühe und Färsen erste 875—910, dritte 825—875, vierte 780—825, fünfte 480—500; Kälber dritte 1100, vierte 1000, fünfte 950; Schweine 240—300 Pfd. 1550 Mk., 200—240 Pfd. 1450 Mk., 100 bis 200 Pfd. 1400 Mk., 160 Pfd. 1350 Mk., Sauen 1300 Mark.

Mehl, 8. Nov. Infolge der Marktentwertung war das Geschäft an der Mehlbörse im Getreideverehr flau. Die Landwirtschaft hatte fast kein Angebot gemacht. Auf dem Mostobstmarkt war von feanz. Seite infolge der schlechten Saluta kaum etwas angeboten worden. Rirschwasser fand zu 70 Mk. das Liter keinen Absatz; Zwischengewinn fast gar nicht geboten.

Wetter.

Im Westen ist etwas Hochdruck aufgetreten, der aber nicht lange vorhält. Am Freitag und Samstag ist zwar vorwiegend trockenes, doch immer noch zu vereinzelten Schneefahren geneigtes Wetter zu erwarten.

Linden - Lichtspiele

Samstag abend 8 Uhr
Sonntag nachm. 4 Uhr und abends 8 Uhr
Das Meisterwerk aller Sensationen:

Das
brennende Trapez
oder: Die Arena des Todes.
Sensations-Zirkusdrama in 4 Akten!

Professor Nissens
seltsamer Tod
Großes Detektiv-Wildwest-Drama in 4 Akten!

Kinder haben keinen Zutritt.
Es wird gebeten, auch die Sonntagnachmittags-Vorstellung zu besuchen.

Das Zahnpulver „Nr. 23“
(gesetzlich geschützt).

Die neue verbesserte Zahnpflege auf wissenschaftlicher Grundlage nach Zahnarzt Dr. P. Bahr. Erhält die Zähne gesund und blendend weiß. Stadtapotheke S. Stephan.

W i l d b a d.

Hochzeits-Einladung!

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte, sowie Schulkameraden und Kameradinnen zu unserer am Samstag, den 12. Nov. 1921 im Galsthaus z. „Eisenbahn“ stattfindenden

Hochzeits-Feier

ganz ergebenst einzuladen und bitten, dies als persönl. Einladung entgegennehmen zu wollen.

Robert Widmayer. Helene Vollmer.

Trauung 1 Uhr.

Inseriert im „Tagblatt“.

Von der Reise zurück.

Dr. Roth,

Spezialarzt f. Hals-, Nasen-, Obrenkrankh.

Pforzheim Bahnhofplatz 3!

10—1, 3—5.

Fabrik-Verkauf

am Freitag nachm. 2 Uhr:
1 Bett, Winterüberzieher, 2 Taschemüher, Arbeitsgeschirr usw.
Hinter der Eintracht Nr. 25 3. Stod.

Gebrauchte, gutehaltene
Rohrstiefel,
Größe 44,
hat zu verkaufen.

Ebenso einen
**Christbaum-
ständer.**

Buhlmann, Villa Christine.

Begen Wegzug
hat zu verkaufen:
Eine gute, schwarze
Ziege

und eine gute echte, rehsfarb.
Schwarzwald-Ziege,
je 4 Jahre alt.
Friedrich Eitel,
Eiberg 126.

2 gut erhaltene
Waschkessel
hat zu verkaufen.

Altblei
sucht zu kaufen.
Karl Eitel, Installateur,
Palmengarten.

Fußb.-Verein

Wildbad
vereinigter Fußball-
und Sportverein.

Seute abend
8 Uhr

Training
für Athletik-Abteilung.
Zahlreiche Beteiligung notwendig.
Der Hallwart.

Eine Zimmerflinte
hat zu verkaufen.
Näheres in der Geschäfts-
stelle ds. Blattes.



MERCEDES
Schuhhaus
WILH. TREIBER
Ludw.-Seeger-
Strasse 17.

